

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 885 846 pbbn d

Inhalt

Josef Vosen MdB zieht eine Bilanz der deutschen Forschungspolitik: Gewogen und zu leicht befunden.

Seite 1

Herta Däubler-Gmelin MdB sieht die Rahmenbedingungen für die Gleichstellung drastisch verschlechtert: Das Blendwerk der Wende-Regierung (Teil 1).

Seite 3

Annemarie Renger MdB verurteilt die Aktivitäten von Hermann Kreutzer: Anschlag auf das Vermächtnis Kurt Schumachers.

Seite 6

42. Jahrgang / 9

14. Januar 1987

Gewogen und zu leicht befunden

Eine Bilanz der deutschen Forschungspolitik

Von Josef Vosen MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Bundestagsausschuß für Forschung und Technologie

Die Bilanz zur Forschungspolitik der CDU/CSU-Fraktion ist ein schlichtes Jubel-Papier, das weitgehend von den Fakten absieht und die mit dem technischen Fortschritt verbundenen Probleme in bestürzender Weise ausblendet.

Die sozialdemokratischen Forschungsminister haben die beispiellose Verbesserung des öffentlichen Anteils an der Forschung zustande gebracht, auf die die CDU/CSU jetzt zurückgreift. Alle Behauptungen zur angeblich erst jetzt wiedererlangten Weltgeltung der deutschen Wissenschaft stützen sich nicht auf Zahlen und Fakten, sondern nur auf das von der Bundesregierung fälschlich verbreitete Optimismus-Gefühl.

Die Zahlen der CDU/CSU-Bilanz zur Finanzierung der Forschung durch Staat und Wirtschaft führen in die Irre. Seit 1973 sind Staats- und Wirtschaftsanteil ständig absolut gestiegen. Unter der CDU/CSU ist 1985 entgegen ihren Behauptungen der Staatsanteil seit 1973 erstmals wieder auch relativ gestiegen und die Wirtschaft hat weniger finanziert. Diese „Wende“ ist nicht gelungen.

Entgegen den Behauptungen der CDU/CSU zur Großindustrie-Förderung entfallen immer noch die Mehrzahl der öffentlichen Mittel auf die Großindustrie.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus U217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 92,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verpflichtung
nach
Richtlinien
des
Bundestages



Entgegen den Behauptungen der CDU/CSU zur Kerntechnik-Förderung wird der Schnelle Brüter nach wie vor und auch über die eigentlich zugesagte Begrenzung der öffentlichen Mittel hinaus weiter gefördert.

Peinlich wirkt erneut die Zurechnung von Nobel-Preisen zu einer Politik, die - wie die deutsche Presse schon übereinstimmend bemerkt hatte - mit den Auszeichnungen in keinem Zusammenhang steht.

Die Bilanz der CDU/CSU, die als Ausgangslage für die 11. Legislaturperiode gelten soll, nennt nicht e i n e Gefährdung der Gesellschaft durch die Folgen der technischen Entwicklung:

- Weder die Waffentechnik in ihren Gefahren für den Weltfrieden,
- noch die Gentechnik in ihren Gefahren für die menschliche Art auf der Erde,
- noch die Mikroelektronik in ihren die Strukturen der freiheitlichen Demokratie und der Arbeitnehmerrechte bedrohenden Aspekten,

werden überhaupt zur Kenntnis genommen.

Während der Bundesforschungsminister den deutsch-amerikanischen Philosophen Hans Jonas im Munde führt, der vor dem unbegrenzten technischen Fortschritt warnt, sagt uns die CDU/CSU-Fraktion, was wirklich gemeint ist: Gesellschaftliche Kriterien haben in der Technik nichts zu suchen.

Solche Forschungspolitik wird dem gesellschaftlichen Bedarf nicht gerecht. Sie ist gewogen und zu leicht befunden.

(-/9.1.1987/vo-he/rs)

* * *



Rahmenbedingungen für Gleichstellung drastisch verschlechtert (Teil I)

Kohl, Süßmuth, Blüm & Co. schufen nur Blendwerk

Von Herta Däubler-Gmelin MdB
Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion
Vorsitzende des Arbeitsbereiches „Gleichstellung der Frau“

Mit einem eindrucksvollen Schlußakkord bestätigte die CDU/CSU/FDP-Wendekoalition die Zweispieltigkeit ihrer Frauenpolitik. Am vorletzten Tag der zu Ende gehenden 10. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages, am 10. Dezember 1986, bekannten sich ihre männlichen und weiblichen Propagandisten wiederum nur mit freundlichen Worten zur Gleichstellung von Männern und Frauen, um dann mehrheitlich frauenpolitisch wichtige Gesetzesvorhaben der SPD-Bundestagsfraktion abzulehnen.

Beispiel I

SPD-Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung der Gleichbehandlung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz (Drucksache 10/156), eingebracht am 15. Juni 1983.

Darin waren folgende Regelungen zur Verschärfung der geltenden arbeitsrechtlichen Gleichbehandlungsbestimmungen vorgesehen:

- o Verbot auch der mittelbaren Benachteiligung aufgrund des Geschlechts,
- o Umkehr der Beweislast für tatsächliche oder vermutete geschlechtsspezifische Diskriminierung auf den Arbeitgeber,
- o Verbindlichkeit des Gebots zur geschlechtsneutralen Stellenausschreibung,
- o spürbare Sanktionen bei geschlechtsspezifischen Diskriminierungen.

Wie notwendig zumindest solche gesetzgeberischen Maßnahmen sind, belegen die Fakten:

1. Unveränderte Benachteiligung der Mädchen und jungen Frauen am Ausbildungsstellenmarkt. Die Appellpolitik der Kohl-Regierung an die ausbildende Wirtschaft ist gescheitert. Zu Beginn des Ausbildungsjahres 1986/87 sind wiederum 2/3 der 46.910 Jugendlichen, die nicht in Ausbildungen vermittelt werden konnten, Mädchen! Hinzuzurechnen sind die jährlich jeweils 30.000 bis 40.000 Jugendlichen, darunter wiederum überwiegend Mädchen, die sich mit einer Ersatzmaßnahme (Schule, berufsbildende Maßnahme oder Arbeitsaufnahme) zufrieden geben mußten, aber ihren Vermittlungswunsch aufrechterhalten haben. Die Bundesregierung schiebt eine Ursache für die Vermittlungsschwierigkeiten den Mädchen selbst in die Schuhe, nämlich ihre Konzentration auf wenige sogenannte frauentypische Berufe.

Sie vergißt dabei, daß in solchen Berufen sowohl die Vermittlungschancen in Ausbildungen, als auch der Einstieg in das Berufsleben nach Abschluß der Ausbildung besser sind als in sogenannten untypischen Berufen. Junge Frauen, die einen sogenannten Männerberuf erlernt haben, sind viermal so häufig arbeitslos wie vergleichbar qualifizierte junge Männer. Die positiven, in Modellversuchen gewonnenen, Erfahrungen mit der Erschließung gewerblich-technischer Berufe für Mädchen hat die geschlechtsspezifische Angebotsstruktur am Ausbildungsstellenmarkt sowie am Arbeitsmarkt nicht grundlegend verändert. Es müssen also zusätzliche wirksame gesetzliche Regelungen her.



2. Frauenarbeitslosigkeit unter Kohl, Süßmuth, Blüm und Co. auf Rekordniveau. Für Dezember 1986 wurden über eine Million arbeitslose Frauen registriert. Diese Rekordhöhe wurde auch im Dezember 1984 bis März 1985 und ab Juni 1985 allmonatlich erreicht. Erst im Oktober 1986 unterschritt die Frauenarbeitslosigkeit die Millionengrenze. Aber auch in diesem „Erfolgs-Monat“ waren immer 49 Prozent der Arbeitslosen weiblich und die Frauenarbeitslosenquote lag mit 10,1 Prozent um rund drei Prozent höher als die Arbeitslosenquote der Männer (6,8 Prozent). Angesichts dieser Zahlen wirkt der regierungsoffizielle Optimismus wie blanker Hohn. In den letzten zehn Jahren hat sich die Zahl der arbeitslosen Frauen verdoppelt (1976: rund 474.000), obwohl sich im gleichen Zeitraum die Anzahl der abhängig erwerbstätigen Frauen von 7,9 Millionen (1976) auf 8,5 Millionen (1985) bei nahezu gleichbleibendem Arbeitsvolumen erhöht hat. 1976 leisteten die Frauen 12,99 Milliarden Arbeitsstunden, 1984 13,12 Milliarden Arbeitsstunden. Daran zeigt sich - neben den Auswirkungen von tariflichen Arbeitszeitverkürzungen - vor allem die Umverteilung des gleichgebliebenen Arbeitsvolumens auf mehrere Frauen-Köpfe durch eine Zunahme von Teilzeitarbeit auch in der Form sogenannter flexibler, kapazitätsorientierter oder befristeter Arbeitsverhältnisse. Dadurch wird Frauenarbeit immer mehr zu Erwerbsarbeit zweiter Klasse.

Ungeachtet dessen rühmen sich Bundesregierung und frauenpolitische Sprecherinnen der Wende-Koalition, die beruflichen Chancen von Frauen verbessert zu haben. Nicht die Qualität der Frauenarbeit interessiert die Koalitionsparteien sondern ausschließlich der quantitative Zuwachs. Es stört sie nicht, daß der Beschäftigungszuwachs zum Teil mit Hilfe statistischer „Tricks“ durch Doppelzählungen und durch Sonderfaktoren zustande gekommen ist. Beschäftigungserhöhend wirkt sich zum Beispiel der Erziehungsurlaub aus. In der Beschäftigungsstatistik wird dann sowohl der beurlaubte Elternteil als auch die eingestellte Ersatzkraft mitgezählt. Die Ausweitung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und die Ausbildung über den Bedarf schlagen in der Beschäftigtenstatistik zwar ebenfalls zu Buche, sind aber keine Folge einer konjunkturellen Verbesserung, sondern tragen gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt zur Erhöhung der Arbeitslosenzahlen bei.

Experten schätzen, daß rund die Hälfte der von der Bundesregierung für 1986 erwarteten zusätzlichen 300.000 Erwerbsspersonen auf solche Doppelzählungen und Sonderfaktoren beruhen und somit Scheinerfolge sind.

3. Strukturelle Benachteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt. Kein Ruhmesblatt für die verbal um Gleichstellung bemühte Bundesregierung ist die Tatsache, daß - wie 1986 in einer zeitlich begrenzten Analyse der Bundesanstalt für Arbeit festgestellt - 54,8 Prozent der im beobachtenden Zeitraum eingegangenen Stellenangebote ausschließlich für Männer vorgesehen waren; und zwar 42.350 von 77.312 Stellenangeboten insgesamt. Lediglich 28,3 Prozent (21.879) Stellen wurden nur für Frauen angeboten; 16,9 Prozent (13.083) für Männer und Frauen. Diese Zahlen werfen ein Schlaglicht auf die strukturelle Benachteiligung von Frauen durch den geschlechtsspezifischen Arbeitsmarkt. Die Bundesregierung konstatiert in allen Stellungnahmen, daß die Frauen sich zu sehr auf ein verengtes Berufsfeld konzentrieren würden und unterstellt ihnen damit, daß sie letztlich ihre Arbeitslosigkeit selbst verursachen würden. Außer dem Hinweis auf bestehende Vorurteile gegen eine Beschäftigung in sogenannten frauenuntypischen Berufen ist keine regierungsoffizielle Zeile darüber zu lesen, mit welchen Maßnahmen dieser Mißstand zusätzlich zum Gleichbehandlungsrunderlaß der Bundesanstalt für Arbeit behoben werden soll.



4. Benachteiligung der Frauen bei Arbeitsförderungs-, Wiedereingliederungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Umsonst feiert die Bundesregierung ihre mit der 7. AFG-Novellierung vollzogene Verbesserung bei der Anrechnung von Kindererziehungszeiten, die den Kreis der zugangsberechtigten Frauen zu beruflichen Fördermaßnahmen erweitert. Bei näherer Betrachtung ist festzustellen, daß zwar die Beteiligung von Frauen an beruflichen Förder- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zugenommen hat, aber die geschlechtsspezifische Berufsverteilung damit fortgesetzt wird. 1985 traten 136.932 Frauen (= 32,4 Prozent) in Fortbildungs-, Umschulungs- und Einarbeitungsmaßnahmen ein, bis Ende September 1986 hat sich ihr Anteil auf 34,1 Prozent erhöht. Aber 1985 strebten nur 3.430 Frauen ein technisch-orientiertes Schulungsziel an, aber 32.270 Männer. In Bildungsmaßnahmen für Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe traten jedoch rund 66.000 Frauen aber nur 36.300 Männer ein.

Von den Frauen ließen sich rund 46.000 als Bürofachkräfte fortbilden, umschulen oder einarbeiten. Eine Prüfung in einem anerkannten Ausbildungsberuf legten 7.112 Frauen, aber 15.774 Männer ab; zum Meister geprüft wurden 1.884 Frauen, aber 19.721 Männer. Die Mehrzahl der weiblichen Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung erwarben vorrangig in sogenannten typisch weiblichen Beschäftigungsbereichen wie Verwaltung, Büro, Gesundheitswesen, Erziehung, lediglich Zusatzqualifikationen zum Beispiel Steno oder Schreibmaschine.

5. Ausgliederung von Frauen aus dem sozialen Netz. Das soziale Netz fängt immer weniger Arbeitslose auf. Nach neuesten Zahlen erhalten nur noch 38 Prozent Arbeitslosengeld. Wiederum sind Frauen besonders hart betroffen. Fast 40 Prozent der arbeitslosen Frauen erhalten weder Arbeitslosengeld noch Arbeitslosenhilfe.

Dennoch behauptet die Bundesregierung unverdrossen, daß ihre Politik auf eine tatsächliche Chancengleichheit der Frau sowie auf die Sicherung der Gleichbehandlung von Männern und Frauen im Erwerbsleben gerichtet ist. Im federführenden Ausschuß lehnte die konservative Koalitionsmehrheit unseren Gesetzentwurf zur Sicherung der arbeitsrechtlichen Gleichstellung mit der lapidaren Bemerkung ab, „auf der Grundlage des (geltenden) EG-Anpassungsgesetzes habe die Rechtsprechung Verbesserungen für die Durchsetzung der Chancengleichheit der Frauen bewirkt“. Und dies sei im Prinzip ausreichend.

Wer diese Aussage nicht glaubt, wie die SPD-Bundestagsfraktion, wird als „Zukunftsverweigerer“ gebrandmarkt und solche seien für eine zukunftsorientierte Frauenpolitik Gift (Doris Pack, CDU-MdB, in der Debatte am 10. Dezember 1986). (-/14.1.1987)

(Teil II veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe)

* * *

Anschlag auf das Vermächtnis Kurt Schumachers

Feststellungen zu den Aktivitäten von Hermann Kreutzer

Von Annemarie Renger MdB
Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages
Vorsitzende der Kurt-Schumacher-Gesellschaft

Die Pressekonferenz Hermann Kreutzers vom 12. Januar 1987 über die Gründung einer „Kurt-Schumacher-Stiftung“ ist der erneute Versuch eines ehemaligen Sozialdemokraten, den guten Namen Kurt Schumachers gegen die Sozialdemokratie zu mißbrauchen und der CDU Wahlkampfhilfe zu leisten.

Am 5. November 1971 fand in Bonn die Gründungsversammlung für den Kurt-Schumacher-Kreis auf Bundesebene statt. Dabei handelte es sich damals um einen Freundeskreis ehemaliger politischer Häftlinge aus der SPD. Mitgliedschaft in der SPD und die Eigenschaft eines ehemaligen politischen Häftlings waren Voraussetzung für eine Mitgliedschaft im Kurt-Schumacher-Kreis, der nach den organisatorischen und politischen Grundsätzen der SPD arbeiten sollte.

Im Frühjahr 1981 wurde dieser Kreis von Hermann Kreutzer und einigen anderen ehemaligen SPD-Mitgliedern zu einer CDU-Vorfeldorganisation umfunktioniert. Der Mißbrauch des Namens Kurt Schumachers widerspricht jedem politischen und moralischen Anstand.

Bei dieser Kritik vergesse ich nicht, was Hermann Kreutzer in seinem Leben für die SPD getan und gelitten hat. Das verdient Respekt. Es mindert aber nicht meine Empörung über diesen Anschlag gegen das Vermächtnis Kurt Schumachers, dem ich mich als ehemalige Mitarbeiterin und Vertraute besonders verpflichtet fühle.

Als Vorsitzende der „Kurt-Schumacher-Gesellschaft“ werde ich alles daransetzen, das Wirken und die Ideen Kurt Schumachers in der Sozialdemokratie wie in der Bevölkerung lebendig zu erhalten. Die vorgesehene Kurt-Schumacher-Stiftung von Hermann Kreutzer ist eine Irreführung der Öffentlichkeit.

Deshalb habe ich mir zum Ziel gesetzt, Kurt Schumachers politisches Vermächtnis gerade bei der nachwachsenden Generation lebendig zu erhalten. Mein Anliegen ist es, mit einer Stiftung oder Gesellschaft, die seinen Namen trägt, dem Mann ein Denkmal zu setzen, der unter den schweren Bedingungen der vom Naziregime hinterlassenen moralischen und physischen Verwüstung die deutsche Sozialdemokratie ideell, politisch und organisatorisch zu neuem Leben erweckt und zu einem tragenden Pfeiler unserer Demokratie gemacht hat.

Im 90. Lebensjahr Kurt Schumachers gründete ich zusammen mit anderen Sozialdemokraten die „Kurt-Schumacher-Gesellschaft“, zu deren Vorsitzenden ich gewählt wurde. Wir streben eine enge Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung an. Das Erbe Kurt Schumachers liegt somit in guten Händen. Den Kreutzer-Verein brauchen wir nicht. Seine Gründung ist eine Irreführung der Öffentlichkeit, bei der ausschließlich der Wahlkampf der CDU Regie geführt hat.

(-/14.1.1987/vo-he/rs)

* * *

